



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Josef Zellmeier, Dr. Franz Rieger, Petra Guttenberger, Walter Taubeneder, Alex Dorow, Judith Gerlach, Jürgen W. Heike, Dr. Martin Huber, Alexander König, Bernd Kränzle, Andreas Lorenz, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

ber. Drs. 17/6234

Migrationspolitische Verantwortung im Mittelmeer wahrnehmen, humanitäre Verpflichtung erfüllen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund und bei der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass ausgehend von der humanitären Verpflichtung zum Schutz der Bootsflüchtlinge, geleitet vom Grundsatz der Solidarität sowie der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen den Mitgliedstaaten und unter Wahrnehmung der migrationspolitischen Verantwortung Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, dass Menschen auf See ihr Leben verlieren.

Hierzu zählen insbesondere folgende Punkte:

- Der Dialog mit den Transitländern und den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten ist zu intensivieren. Hierzu gehören auch verstärkte Grenzschutzkooperationen der EU mit Staaten Nordafrikas (z.B. Tunesien oder Ägypten). Eine solche Zusammenarbeit böte die Chance, lebensgefährliche Überfahrten in häufig überfüllten und nicht see-tüchtigen Booten von vornherein zu verhindern und den Schleusern die Grundlage für ihre kriminellen Machenschaften zu entziehen.
- Die Grenzüberwachung ist zu verstärken, um zum einen für ein genaueres Lagebild auf See zu sorgen und zum anderen schnell zum Schutz und zur Rettung der Leben von Flüchtlingen in Seenot beizutragen. Die Ressourcen der europäischen Grenzschutzagentur Frontex sind hierfür aufzustocken und deren Rettungsaufgaben weiter auszubauen. Seit dem Beginn der Frontex-Operation Triton im November 2014 wurden insgesamt fast 25.000 Menschenleben gerettet, fast 8.000 unter Beteiligung von durch Frontex finanzierten Kräften. Dies unterstreicht, dass die Agentur die EU-Mitgliedstaaten nicht nur beim Schutz der Außengrenzen, sondern auch bei der Seenotrettung erfolgreich unterstützen kann.
- Gegen die menschenverachtenden Schlepperbanden muss in Zukunft unter Koordination der EU noch schärfer vorgegangen werden.
- Durch eine gemeinsame europäische Entwicklungshilfepolitik müssen die Lebensbedingungen der Menschen in den Herkunftsländern deutlich verbessert werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident